

Dr. Greif, Martin
von Hunnius, Roland

FWG
FDP

Fraktionsvertreter mit beratender Stimme (§ 62 Abs. 4 HGO i. V. mit § 33 HKO):

Bitsch, Peter
Jojade, Jürgen

REP in Vertretung für Haymo Hoch
DIE LINKE

Kreisausschuss:

Wilkes, Matthias
Metz, Thomas

CDU Landrat (bis zeitweise TOP 1)
CDU Erster Kreisbeigeordneter

Verwaltung:

Medert, Martin
Michel, Christina
Ahlheim, Klaus
Scheller, Jörg

Finanz- und Rechnungswesen
Controlling
Personalmanagement (bis TOP 3)
Personalmanagement (bis TOP 3)

Schriftführer:

Fasser, Helmut

Kreistagsbüro und Büro des Kreisausschusses

Ausschussvorsitzender Schneider eröffnete um 08:05 Uhr die 16-037. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses, begrüßte die Erschienenen, und stellte die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Einwendungen gegen Ladung und Tagesordnung wurden nicht erhoben.

Landrat Wilkes merkte an, dass er gegen 8.45 Uhr die Sitzung wegen Teilnahme an einer dringlichen Sitzung der Regionalversammlung Südhessen verlassen müsse.

Sodann wurde in die Beratung der Tagesordnung eingetreten.

Tagesordnung

**Punkt 1: Haushaltssituation des Kreises
- Bericht der Verwaltung -**

Erster Kreisbeigeordneter Metz bezog sich in seinen Ausführungen zur Haushaltssituation auf die Genehmigungsverfügung des Regierungspräsidiums Darmstadt zum Haushalt 2010 vom 25. März 2010 und ging auf deren wesentlichen Punkte näher ein.

Im Wege der Einzelgenehmigung seien für den Kreishaushalt Kreditaufnahmen in Höhe von 5,6 Mio. € und für den Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft von 22,5 Mio. € möglich. Dies bedeute vor dem Hintergrund schwieriger konjunktureller und finanzieller Bedingungen, nicht zuletzt aber auch wegen der Sonderinvestitionsprogramme des Bundes und des Landes lediglich eine moderate Absenkung gegenüber der Planung um 4,5 Mio. € (von 32,6 auf 28,1 Mio. €). Die versetze den Kreis in die Lage, die vorgesehenen schulischen und sonstigen Investitionen in diesem Jahr umzusetzen.

Den Ergebnishaushalt betreffend habe die intensive Vorberatung in den Fachausschüssen des Kreistages Ende des vergangenen Jahres bereits Abplanungen in einer Größenordnung von rd. 5 Mio. € erbracht. Jetzt fordere die Genehmigungsbehörde als Auflage für

den Haushaltsvollzug darüber hinaus weitere ergebniswirksame Einsparungen von 3,2 Mio. €. Der Kreisausschuss habe hierauf mit dem Erlass einer haushaltswirtschaftlichen Sperre über insgesamt 2,2 Mio. € reagiert, einem wichtigen Instrument im Haushaltsvollzug. Die vom RP geforderten Einsparungen zu erreichen werde sehr große Anstrengungen erfordern. Dennoch gebe es Zuversicht, das Ziel bei gleichbleibenden Rahmenbedingungen durch weitere haushaltswirtschaftliche Maßnahmen bei anderen Produkten (z. B. den Zinsbelastungen) zu erreichen. Der erste Finanz- und Controllingbericht im Juni werde erste Aussagen dazu ermöglichen.

Im Personalbereich verlange die Aufsichtsbehörde das, was bereits der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss in seinen Beratungen getan habe: eine Kürzung der Personalaufwendungen um 300 T€ (im Verlauf der Sitzung wurde deutlich, dass es sich um ein und dieselbe Summe handelt, sie sich nicht verdoppelt). Auch dies sei keine einfache Vorgabe für die Verwaltung insgesamt und für den Kreisausschuss. Im Finanz- und Controllingbericht werde es auch hierzu eine Einschätzung geben.

Im Ausblick müsse erwartet werden, dass mit Sicherheit die Rahmenbedingungen im nächsten Jahr noch einmal deutliche schwieriger sein werden als heute. Nettokreditaufnahmen solle es dann laut Aufsichtsbehörde nicht mehr geben, eine Grundforderung, die quer durch das Land gehe. Insofern dürfe man froh sein, gerade in 2009 und 2010 parallel zu den Sonderinvestitionsprogrammen des Bundes und des Landes noch mit eigenen Anstrengungen die Hauptinvestitionen im Schulbereich getätigt zu haben. Diese Vorgabe des RP könne deshalb unter Umständen erreicht werde.

Die Aussagekraft der Ausführungen in der Genehmigungsverfügung zur Kreisumlage tendiere nach "0". Für nächstes Jahr werde, nicht zuletzt wegen des Einbrechens der Umlagegrundlagen aufgrund der verzögert bei den Kreisen ankommenden Auswirkungen der konjunkturellen Veränderungen in den letzten Jahren, der bisher massivste Einbruch bei den Einnahmen erwartet. Hinzu komme die vom Land beschlossene Kürzung des kommunalen Finanzausgleichs um 400 Mio. €. Nach 37 Mio. € in diesem Jahr müsse mit einem Haushaltsdefizit von über 50 Mio. € im nächsten Jahr gerechnet werden.

Eine frühzeitige Auseinandersetzung mit der nächsten Haushaltsplanung und den Rahmenbedingungen hierfür werde deshalb wichtig sein.

In der anschließenden Aussprache wurden viele Einzelaspekte hinterfragt, erörtert und differenziert betrachtet (Verschuldung, Nettoneuverschuldung, Kassenkredite, Kreisumlage, Genehmigungsauflagen, Einsparung von Personalkosten, freiwillige Leistungen und mögliche und wiederholt geforderte Veränderungen bezüglich der Finanzausstattung der kommunalen Ebene). Von den Dezernenten und den Vertretern der Verwaltung wurden dazu Erläuterungen gegeben und Stellung genommen.

Es wurde darum gebeten, die Liste der mit einer haushaltswirtschaftlichen Sperre belegten Ansätze und Budgets dem Ausschuss an die Hand zu geben. Dies wurde zugesagt.

Konkretere und aussagekräftigere Ansatzpunkte für die weiteren Beratungen im Hinblick auf den Haushaltsvollzug 2010 und die Haushaltsplanung 2011 erwartet man vom ersten Finanz- und Controllingbericht 2010 im Juni.

Breiteren Raum der Beratung nahm erneut die Kostenbelastung der Kreise durch die Umlage des Landeswohlfahrtsverbandes ein. Es wurde daran erinnert, dass der Ausschuss sich in diesem Jahr nach Vorbereitung durch den Kreisausschuss erneut mit der Verwaltungsführung des LWV und den Mitgliedern der Verbandsversammlung auseinandersetzen will, wobei insbesondere über die Aufgabenzuständigkeit und Struktur des LWV, des-

sen Personalpolitik sowie mögliche Verlagerungen von Aufgaben des LWV diskutiert und hierzu vom LWV auch ein struktureller Ländervergleich vorgelegt werden sollte. Als besonderes Merkmal neben der Systemfrage und immer wieder bemängelter Transparenz wurde diskutiert, dass der LWV nach dem Gesetz grundsätzlich einen ausgeglichenen Haushalt ausweisen müsse, auf kommunaler Ebene sich dagegen die Defizite anhäuferten. Insofern erschien es notwendig, neben strukturellen Veränderungen auch über eine Gesetzesänderung nachzudenken. Als richtiger Ansprechpartner wurde der Gesetzgeber angesehen.

Mit Blick auf den unter TOP 2 aufzurufenden Antrag der GRÜNE-Fraktion stellte Abgeordneter Ruoff schließlich Fragen zur Rolle des Ausschusses im Haushaltsvollzug durch Wahrnehmung von Eigenverantwortung auch unter der Zeit und außerhalb der Haushaltsberatungen in den Raum, zum Beispiel im Hinblick auf eigene Vorstellungen in Bezug auf die freiwilligen Leistungen des Kreises (die man bisher noch kaum wahrgenommen habe), die Höhe der Kreisumlage oder die geforderte Einsparung von Personalkosten. Der Ausschuss und der Kreistag sollten nicht, wie im letzten Jahr, wieder die Chance für politische Entscheidungen verpassen.

Erster Kreisbeigeordneter Metz verwies diesbezüglich auf den kommenden Ersten Finanz- und Controllingbericht für das laufende Jahr, mit dem sich die Gremien zu befassen und gegebenenfalls Schlüsse daraus zu ziehen hätten. In dem Bericht würden auch Chancen und Perspektiven aufgezeigt, wie die vom RP vorgegebenen Einsparungsziele durch über die haushaltswirtschaftliche Sperre hinausgehende haushaltsrelevante Maßnahmen erreicht werden könne.

Punkt 2: **Antrag der GRÜNE-Fraktion vom 12. April 2010 betreffend Haushalt 2010 - Konsequenzen ziehen, um Zukunft zu gestalten**
Vorlage: 16-1748

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss war sich nach den mündlichen Informationen zur Haushaltssituation des Kreises und der Aussprache dazu unter TOP 1 darin einig, über den Antrag der GRÜNE-Fraktion in seiner nächsten Sitzung unter Hinzuziehung des dann vorliegenden ersten Finanz- und Controllingberichtes für 2010 intensiv und unter Berücksichtigung der Fragestellungen von Abgeordnetem Ruoff zur Rolle des Ausschusses im Haushaltsvollzug durch Wahrnehmung von Eigenverantwortung auch unter der Zeit und außerhalb der Haushaltsberatungen, zum Beispiel in Bezug auf die freiwilligen Leistungen des Kreises und die Höhe der Kreisumlage, zu beraten.

Die Fraktionen des Kreistages wurden aufgefordert, sich mit der Thematik und möglichen Vorgaben für die Verwaltung zu befassen.

Punkt 3.1: **Berichtsantrag der SPD-Fraktion vom 12. April 2010 an den Haupt-, Finanz- und Personalausschuss zum Thema "Entwicklung der Personalkosten und Umsetzung der Aufgaben des Regierungspräsidiums" und Beantwortung der Fragen**
Vorlagen: 1752 und 16-1752/1

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss hat von der Vorlage 16-1752/1 Kenntnis ge-

